

sehen, daß im Jahre 1882 dorfselbst wieder eine neue Schuhmacherorganisation gegründet worden ist, die heute noch besteht. Dieselbe, anfänglich ein lokaler Fachverein, der später nach der 1883 erfolgten Gründung des Unterstüzungsbundes deutscher Schuhmacher Filiale dorfselben wurde und heute Zahlstelle des Vereins deutscher Schuhmacher ist, zählte im Jahre 1886 150, 1888 538, 1889 672 und 1890 873 Mitglieder; heute zählt sie deren nach der letzten Abrechnung 173, wovon 10 weibliche, also wesentlich weniger als vor 10 Jahren. Vielleicht findet sich ein Kollege in Hamburg veranlaßt, einmal über die Ursachen dieses erheblichen Rückgangs in diesem Blatte seine Meinung aussprechen. Warum damals vielleicht die Kollegen aller Nachbarländer (Italien, Barmstidt, Wandsbeck etc.) in der Hamburger Organisation mit vereinten oder doch diejenigen von einer oder andern Nachbarstadt? Offenbar ist in dieser Richtung die Ursache der heutigen geringen Mitgliederzahl zu suchen.

(Schluß folgt)

Aus unserem Beruf.

— **Leisnig.** Wie in vielen Schuhfabriken, so wurde auch hier vor ca. einem vierten Jahr die Konkurrenzabwiderstande eingeführt. Da dies doch fast eine Neuregelung des Tarifvertrags mit sich bringt, so wurde, nachdem eine Zeit lang im Wochenlohn gearbeitet worden war, auch hier ein Tarif vereinbart. Dies jetzt nun der Firma P. Jell u. Co. die Löhne zu hoch sind, so hat dieselbe den Tarif gefindigt und gleichzeitig einen neuen Tarif bekannt gegeben, welches Sonnenabend, den 6. Oktober in Kraft treten soll. Dieser angeführte Tarif enthält beträchtliche Reduktionen, so daß sich die davon betroffenen Zwicker nicht damit einverstanden erklären können, da die bisher verdienten Zähne sich in bestehender Grenzen bewegen. Alle Versuche, eine Lohnreduktion zu verhindern, scheiterten. Es wird sich nun zeigen, ob innerhalb dieser eingeschlagenen Rücksichtsgrenzen eine Einigung noch erzielt wird. Andernfalls sind sämtliche Zwicker gewillt, in den Ausland zu treten. Zugang nach Süden ist daherfernauhalten.

Die Ortsverwaltung der Fabrikleute Leisnig.

— **Bodenheim.** Die Firma Eugen Stern u. Co. ist erstaunt, befürchtet, Arbeiter von Burg bei Magdeburg hierher zu bekommen. Da die Verhältnisse bei der Firma auch nicht besser sind als in Burg und es hier genug starke Kräfte gibt, dienen die Geangestellten nur zur Unterstützung der bürgerlichen Kollegen. Bericht folgt in nächster Nummer.

— **Leiz.** Recht neue Zustände scheinen in einer der hiesigen Schuhfabriken zu herrschen. Es wird uns darüber folgendes berichtet: Das Glend unserer Fabrik ist wirklich zu groß, um es rubig zu tragen. Erstens wurden uns 10 und 20 Pf. von dem Kunden abgezogen, zweitens müssen sich die Zwicker erst ein paar Stunden hinlegen und alte Schuhe aufstreifen, um ihre Arbeit auszufallen zu können. Man kann, wenn man die beste Arbeit bekommt, bei dem größten Preis nicht mehr wie 18 bis 20 Pf. St. erzielen. Außerdem ist in der Fabrikant noch drauf wie ein Hebe. Hier ein Pfund zu bekommen, um eine Fabrikleute zu gründen, ist sehr schwer, aber wir wollen doch versuchen, in diesem schworen Wintell gehen Fuß zu setzen.

— **Der Verband der Berliner Schuh- und Schäferfabrikanten** hat nunmehr auch Sichtung zu der Erfahrung des Verbandsvorstandes genommen und wie von diesen Herren nach ihrem bisherigen Verhalten nicht anders zu erwarten war, ihrem Herrn und Meister Hans zugekommen. Die Erfahrung lautet:

„Der Verband Berliner Schuhfabrikanten bringt hiermit keine volle Übereinstimmung mit den Erfahrungen des Herrn Kommerzienrat Manz betr. der Tarifgemeinschaft zum Ausdruck und hält nach wie vor an den Straßburger Beschlüssen fest.“

Ob wohl die Herren glauben, dass damit die Sache erledigt ist?

— **Der Verein Erfurter Schuhfabrikanten** dreibt dem „Schuhmarkt“, das er eine Umfrage unter seinen Mitgliedern gestellt, wie man diejenigen zu der Frage der Tarifgemeinschaft stellen würde und hat dieselbe ergeben, daß sämtliche Mitglieder voll und ganz den Standpunkt vertreten, welcher vom dem Vorstand des Verbands deutscher Schuh- und Schäferfabrikanten, Herrn Kommerzienrat Manz, Bamberg, in Nr. 35 des „Schuhmarkt“ präzisiert worden ist. Auch der schlesische Verein der Schuh- und Schäferfabrikanten beschäftigt sich mit der Frage der Tarifgemeinschaft. Dem „Schuhmarkt“ wird darüber folgendes mitgeteilt: „Auf die Verhandlungen eingehend kann Herr Glas auf das Schreiben des Vereins deutscher Schuhmacher zu sprechen, welcher Verein wiederholt die Freigabe der Fournituren seitens der Fabrikanten verlangt, ebenso auf das in diesem Jahr neu ausgegebene Schlagwort der Tarifgemeinschaft, mit dem der genannte Verein Propaganda zu machen versucht. Der betreffende Artikel in Nr. 35 des „Schuhmarkt“ in welchem der Vorstand des Verbands der deutschen Schuh- und Schäferfabrikanten die Befragungen eingehend zum Herrn Glas auf das Schreiben des Vereins deutscher Schuhmacher zu sprechen, welcher Verein wiederholt die Freigabe der Fournituren seitens der Fabrikanten verlangt, ebenso auf das in diesem Jahr neu ausgegebene Schlagwort der Tarifgemeinschaft, mit dem der genannte Verein Propaganda zu machen versucht. Der betreffende Artikel in Nr. 35 des „Schuhmarkt“ in welchem der Vorstand des Verbands der deutschen Schuh- und Schäferfabrikanten die Befragungen eingehend zum Herrn Glas auf das Schreiben des Verbands in dieser Frage zum Ausdruck bringt, wurde verlesen und die sich daran knüpfende Diskussion ergab die volle diesseitige Übereinstimmung mit den in dem Artikel niedergelegten Ansichten. Es wurde beschlossen, dem „Schuhmarkt“ mitzuteilen, daß der Verein der schlesischen Schuh- und Schäferfabrikanten dem Verbandsvorstand Herrn Kommerzienrat Manz für sein manhaftes Eintragen in dieser Frage seinen Dank ausdrückt und ihm erneut, unentwegt auf dem eingenommenen Standpunkt zu beharren, da er sich in voller Übereinstimmung mit den Verbandsmitgliedern befindet.“ Wir werden unsere engen Fabrikanten damit ihrem nicht minder veranlagten Herrn Vorständen wohl überzeugen, daß uns die Freigabe der Fournituren und Tarifgemeinschaft etwas mehr bedeutet als ein Schlagwort und wenn sich noch sämtliche Vereine in gleichem Sinne ausstrecken.

— **Die „Leutenot“ in der Schuhindustrie.** Ueber dieses Thema leitartikel der „Schuhmarkt“ und empfiehlt zur Abfertigung der „Leutenot“ die Verneinung der geschuldeten Arbeitskrise. Dieselben sollen zunächst aus den Reihen der gelehrten Schuhmachergehilfen rekrutiert werden, die sich zu Auszügen, zu Zwicker und anderen Arbeiten sehr gut eignen. Sodann sollen gefälschte Schriften z. B. der angelehrten Maschinenauspußer, der im übrigen von der Schuhmacherrei nichts versteht, anfangen, wenn die Fabrik, in der er angelehrte wurde und dort vielleicht Jahrelang gearbeitet hat, in Konkurs gerät und er auf die Straße geworfen wird? Über wenn ein Wechsel in der Person des Geschäftsführers stattfindet, dem auch ein Wechsel eines Teils des Personals folgt und so bei Maschinenauspußern entlassen wird? Über wenn er mit dem Meister oder dem Fabrikanten selbst in Konflikt kommt oder wegen höheren Alters entlassen wird? Dann kann es ihm passieren, daß er in ganz Deutschland monatelang vergeblich nach Arbeit sucht und daß er sich schließlich genötigt sieht, als Handlanger oder Tagelöhner eine Arbeit zu suchen, die aber gewöhnlich auch schwer zu finden ist, da an ungelehrten Arbeitern fast immer Überfluss

ist. Es sollten daher die angelehrten Arbeiter verlangen, daß ihnen in der Schuhfabrik drei bis vier verschiedene Teilarbeiter nach einander gelehrt werden, so daß nicht ihre Existenz auf einen Teilarbeiter beruht und daraus für sie die stümptige Kalamität entsteht. Das Angelehrte verdient auch von unseren Kollegen in den Verhandlungen destilliert zu werden, namentlich auch unter dem Gesichtspunkte der Organisations- und Kampffähigkeit der angelehrten bloßen Teilarbeiter.

— Eine neue Holzstampfmaschine mit einer Tagesleistung von 5–600 Paar hat die Schuhmachersfabrik Göhring, Ec. und Koch in Oberursel bei Frankfurt a. M. konstruiert. Die Maschine heißt „Triumph“ und soll von der Firma an die Schuhfabrikanten nach dem Verkauf aus den deutschen Schuh- und Schäferfabrikaten in der Zeit vom 3. bis 8. September gemeldet werden.

— Ein neues Kollektivunternehmen in der Schuhindustrie. In Gondelbach a. M. ist die Schuhfabrik Gondelbach in einer Genossenschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 22 500 M.

— In Charlottenburg haben die Schuhmachermeister eine Einheitsgenossenschaft gegründet.

— 14 Unfälle wurden aus deutschen Schuh- und Schäferfabrikaten in der Zeit vom 3. bis 8. September gemeldet.

— Ein Major als Schuhmacher. Im Genf hat ein italienischer Major a. D. eine Schuhmacherschule eröffnet, in der er 6–7 seiner Landsleute beschäftigt. Da er sich um den bestehenden Tarif nicht kümmert, wurden unsere organisierten Kollegen bei ihm vorstellig, gleichzeitig aber auch eine Abordnung des Meistervereins. Auf ihre Vorstellungen empfahl der Italiener: „Ich kenne wieder einen Meisterverein, noch einen Arbeiterverein, noch einen Tarif unserer Branche, und im übrigen, die Arbeiter, die wir nicht zufrieden sind, können gehen, wenn sie wollen, und wenn Sie nicht sofort mein Fabrikat verlassen, so werde ich Sie von der Polizei abführen lassen!“ — Ein unbrauchbarer italienischer Offizier gibt also immer noch einen Schnelljohler. Hoffentlich geht die organisierte Arbeiterschaft in Genf dafür, daß den unverantwortlichen Keri seine Freiheit ausgetrieben wird.

Die Streiks in Preußen im Jahre 1899.

(Schluß)

Bon allgemeinem Interesse ist auf den Ergebnissen der Streikstatistik auch die Art der Ausübung der Mittel zur Unterdrückung der Streiks. Im Jahre 1899 kamen zur Streikunterdrückung ein: Aus den Verbandsklassen 2016 157 M., aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder 171 181 M.; durch Sammlungen 198 063 M. und aus dem Auslande 7079 M. Es ist die erreichte Erfolgsrate zu konstatieren, daß in den letzten Jahren die Kosten der Streiks zum größten Teile aus den Kosten der Gewerkschaften gebildet werden, während es schwer überwiegend durch Sammlungen, die während des Streiks unternommen sind, aufgebracht wurden. Während in den Jahren 1892–94 nur 24–32 Prozent der Streikausgaben aus den Verbandsklassen gebildet wurden, sind 1897–99 62–78 Prozent der Ausgaben den Kosten der Gewerkschaften entnommen. Es wird damit bewiesen, daß die Gewerkschaften immerfort erhöht und somit einen steigern Schuhwert für die Arbeiter haben. Man wird nicht sehr geben, die in den letzten Jahren sich gezeigte erfolgreiche Durchführung der Streiks auf diese bessere finanzielle Fundierung der Gewerkschaften zurückzuführen.

Das sollte eine sehr zu beachtende Mahnung für diejenigen sein, welche meinen, daß die Gewerkschaften nicht nötig hätten, große Fonds anzusammeln. Sie werden finden, daß die erfolgreichen Streiks prozentual in demselben Maße wachsen, als die Deckung der Kosten der Streiks aus den Kosten der Organisationen prozentual zunimmt. Wenn die Unternehmer einer Organisation gegenüberstehen, deren Kasse die Garantie bietet, einer Streik Wochen lang aufzuhören unterliegen zu können, so zeigen sie sich geneigter, den Arbeitern Koncessionen zu machen, als wenn sie es mit Arbeitern zu thun haben, bei denen vom ersten Tage die Hilfe anderer zur Führung des Streiks in Anspruch genommen werden muss. Das ist eine wertvolle Lehre, welche die Arbeiterschaft aus dem Ergebnisse der Streikstatistik ziehen kann und ziehen muss.

Zur ganzen dienen die Ergebnisse der Streikstatistik ein erfreuliches Bild des Fortschritts im wirtschaftlichen Kampfe. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß die sich mehrenden Zeiten des Herauandrückens einer ungünstigen Wirtschaftskonjunktur die Gewerkschaften mobiliert, mit vermehrten Kräften sich zu rüsten, um den zu erwartenden verstärkten Angriff der Unternehmer auch in der Periode niedergeliegender Konjunktur erfolgreich abwehren zu können.

Seitens der Generalkommission ist auch Umfrage bezüglich der vorgetragenen Befragungen Streitenden gehalten worden, wenngleich diese in die nur von vollständig offiziellen Gesellschaftern aus zu betrachtende Streikstatistik nicht hinzugezogen. Es muß aber das Material über Streitbergen gesammelt werden, um damit aufzuwarten zu können, wann sich wieder die Gewölfe nach einem Rückgangsethos in einer gegebenen Aktion auswachsen sollten.

Das für 1899 zusammengetragene Material ist nicht vollständig, weil von den Vorständen der Organisationen der Hölzler, Lederverarbeiter und Tellerarbeiter keine Angaben über die bei den Streiks vorgenommenen Befragungen Streitenden gemacht werden konnten. Es ist deshalb auch das Projektverhältnis der Streitenden nicht in der Gesamtzahl, sondern nur von der Zahl der Streitenden zu berechnen, die deren Berufe Angaben bezüglich Befragungen gemacht wurden. Es kann folge bei 81 Streiks gleich 9,9 Prozent bei in Vergleich zu fallenden Streiks steht. Nicht weniger als 90 Prozent vertreten alle, ohne daß der Staatsanwalt Gelegenheit fand, in Aktion zu treten. Berücksichtigt werden 191 Personen mit 18 Jahren, 7 Monaten, 2 Wochen und 2 Tagen Gesamtgrün, 4 Wochen Halt und 911 M. Goldbuße. Außerdem erhielten 9 Personen 5 Wochen Halt und 118 M. Goldbuße. Außerdem wegen „großen Unfalls“ und 44 Personen 2 Wochen Halt und 405 M. Goldbuße wegen Überreitung von Polizeivorwürfen aufzuladen. Die letzteren Strafen können bei der Beurteilung der Vergehen bei Streiks nicht in Frage kommen, weil es sich hier um Verbrauch von Handlungen dreht, die fast allgemein nur bei Streitenden als Strafanstalt erfolgen werden.

In den 81 Streiks in 37 Gewerben, welche der Berechnung des Projektverhältnisses der Streitenden zu den Streitenden zu grunde gelegt wurden, waren insgesamt 75 627 Personen beteiligt. Da 191 beteiligt waren wegen Vergehen bei Streiks bestraft wurden, so kommen auf 1000 Streitende nur 2,5 Bestrafte. Man begreift nicht, daß angeblich dieser Thatsachen diejenigen, welche den ungünstigeren Terrorismus der Streitenden reden, nicht das Rücksicht ihres Auftretens fühlen.

Wenn manerner die Art der Vergehen betrachten, so muss man in der Überzeugung kommen, daß die streitenden Arbeiter in einer Weise bestrebt sind, sich in den gesetzlichen Grenzen zu halten, daß man ihnen volle Unterstreichung ausprechen sollte, nicht aber die Verunglimpfen sollte. Es wurden nur vier Fälle von Misshandlung und Körperverletzung fortgezählt. Die anderen „Geben“ bestehen in der Regel in Neuerungen, die unter anderen Bedingungen und nicht bei einem Streik gemacht, nicht bestehen, viel weniger als Straftaten angesehen werden. Wenn man auch tunken, daß bei dem Streik jede Handlung verstrafen wird, welche zu strafrechtlicher Verfolgung Veranlassung geben könnte, so muss doch anerkannt werden, daß bei dem Übersteuern, welchen Schörde und Staatsanwälte bei den Streiks entwideln, durch die geringe Zahl der Bestrafungen den Streitenden ein vorzügliches Zeugnis für ihren Rechtschaffenheitssinn ausgestellt wird.

C. Legien.

Die schweizerische Schuhfabrikation.

Nach dem soeben erschienenen Jahresbericht der Kaufmännischen Gesellschaft in Zürich war die Geschäftslage der Schuhindustrie im Kanton Zürich — nicht in der ganzen Schweiz — im Jahre 1899 eine ungünstige und zwar hauptsächlich verursacht durch die nicht entsprechende Witterung. Die Folge davon war, daß dort und dort auf Lager gearbeitet wurde, während anderwärts wieder Preise auf dem Markt geworben wurden. Ein solches Vorgehen ist geeignet, wird dazu im Berichte bemerkt, die ganze Industrie schwer zu fördern. Das Berichten wird gefördert, die Möglichkeit nach immer billigerem Preisen geweckt und so der Markt ruiniert. Am meisten tragen solche Abschreibungen allerdings in der Regel ihre eigenen Interessen. Als bestorganisiertes Feuerzeichen bestehender Überproduktion beansprucht diese Erscheinung gebührende Beachtung.

Wenn auch der Konsum von Schuhwaren, die auf Kosten des Handwerks in der Fabrik hergestellt werden, immer noch zunimmt, so ist doch die Produktion durch die Einrichtung neuer und die Vergrößerung bestehender Fabriken unweichschaft in noch stärkerem Maße gewachsen. Gleichwohl wäre von einer Überproduktion nicht zu reden, wenn die ausländische Konkurrenz aufdringend werden würde. Dies ist aber zu konstatieren, daß die Einführung von Schuhwaren wieder um mehr als eine halbe Million gestiegen ist, nämlich auf 528 015 Fr. Das wäre bei der Leistungsfähigkeit und Rücksicht der einheimischen Industrie nicht möglich, wenn nicht noch andere Faktoren mitwirken würden. Die Einführung ist seit dem Jahre 1895 von 4 848 600 Fr. auf 6 087 500 Fr. also um mehr als eine Million gestiegen und zwar nur in den Tarifpositionen 198 „Feine Lederschuhe“ und 200 „Reisetasche und Ledertasche“. Die Position 197 „Große Schuhwaren“ ist dagegen zu gunsten der einheimischen Produktion schwächer geworden. Ein ausreichende Erfahrung für jenes Anwachsen läßt nur dann finden, daß der Verband schweizerischen Schuhfabrikantur gegenüber eingegangene Verpflichtung, an Konsumvereine und neu entstandene genossenschaftliche Betriebe nicht zu lösen, diese veranlaßt hat, fremde Ware einzuführen, während die Schuhhändler der Preisverlust übernommenen Verpflichtung, dem inländischen Fabrikaten den Vortrang einzuräumen, nicht ernstlich nachgekommen sind. Die Fabrikanten haben somit den Schuhhändlern die unliebste neue Konkurrenz nicht vom Hals zu schaffen vermögt und durch ihr loyales Entgegenkommen und Nachgiebigkeiten hat ins eigene Fleisch geschnitten. Diese Maßnahmen, die in der letzten Abteilung getroffen worden waren, haben ganz und gar nicht zu dem gewünschten Resultat geführt. Die von dem Verband der Schuhhändler in Aussicht genommene Boykottierung der für nicht zulässigen Firmen dürfte in einzelnen Fällen zu interessanten gerichtlichen Verhandlungen führen.

Diese Vorgänge sind interessant und beachtenswert, namentlich auch für Deutschland, da ja die ebenfalls organisierten Schuhhändler das gleiche Beispiel ihrer schweizerischen Kollegen nachahmen und es auch deutsche Schuhfabrikanten in großer Zahl gibt, die mit der gleichen Mühseligkeit, wie ihre schweizerischen Kollegen, die den Titular der Schuhmacher unterwerfen. Wohl diese vollständig bereifte Tatsch und Geschäftspraxis führt, zeigen die schweizerischen Erfahrungen. Die gegen die Konsumvereine beabsichtigten Wirkungen bleiben aus, da die Schuhwaren in Halle und Fabrik haben können und zwar, wenn nicht im Inland, so außerdem im Ausland und da durch die Einführung ausländischer Schuhwaren zunimmt, welche zunächst eine Verminderung des Absatzes der inländischen Schuhproduktion in gleichem Maße bedeutet.

Zu gleicher Zeit kann aber auf der andern Seite die diskussionsreiche Schuhhändler doch, was sie wollen. Wenn ihnen deutsche, österreichische, französische, italienische oder amerikanische Schuhfabrikanten besser gefallen als die schweizerischen, so bestellen sie Schuhwaren eben bei den einen und nicht bei den von ihnen geradezu gefestigten Schuhfabrikanten im Inlande. Dieses Verhalten der Fabrikanten zu den Händlern in ein so unverständiges, daß man sich immer wieder darüber wundern muss, wie Leute mit einem so stark anspruchsvollen Selbstbedienst, mit einem kleinen Herrn-Besitzwissen, eine solche abschauliche Diktatur gefallen lassen mögen. Man sollte glauben, daß dagegen der gewöhnliche männliche Charakter sich auszubauen und das unerträgliche Joch abschütteln müsste.

Leider genügt wäre diese Situation für die Führung amerikanischer Schuhwaren und es steht auch zu erwarten, daß bei ihrer Fortpflanzung hier der Hebel angelegt wird, um den Amerikanern in Deutschland und in der Schweiz ein großes und bleibendes Abhangsziel zu erordnen. Dann würde die besten Einflüsse bei den gewalttätigen Schuhhändlern und bei den widerstandlosen Schuhfabrikanten zu spät kommen.

Der Bericht verbreitert sich sodann in längeren Ausführungen über die bestellten Preissteigerungen für Leiber u. c. Sie hätten eine Erhöhung des Schuhpreises um ca. 10 Prozent nötig gemacht, wie sie in Deutschland, Frankreich und Amerika auch durchgesetzt wurde, allein, dazu fehlt den schweizerischen Schuhfabrikanten die Einigkeit. Zumindest erhöhen auch sie um einiges die Preise. Es muß unbedingt zu einem weiteren Aufschlag kommen, meint der Verfasser und in dieser nicht zu erkämpfen, so bleibt nichts übrig als die Verarbeitung geringen Rohmaterials, womit allerdings dem konsumierenden Publikum am wenigsten gefällt. Und für Schuhwaren gilt in der Regel der Satz: Das Teuerste ist das Billigste.

Das Ergebnis verließ in den gewiesenen Bahnen. Der Hauptabnehmer liegt England mit seinen Kolonien. Gegenüber 1898 in der Ausfuhrwert um 1 168 885 Fr. gestiegen. Diese erhebliche Zunahme beweist es, daß die Gesamtumsätze von Schuhwaren im Berlage von 6 467 900 Fr. die Einführung um 380 400 Fr. übertraten.

Über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird wie gewöhnlich nichts mitgeteilt. Da sie sehr viel zu wünschen übrig lassen, kann man mit ihnen nicht viel Aufhebens machen und darum wird darüber lieber geschwiegen. Die Fabrikarbeiter selber leben aber in ihrer Verhältnißheit fort. Wenn sie nur Arbeit, schlechten Lohn, Bier und Wurst haben, dann fehlt ihnen zu ihrer Glückseligkeit nichts mehr als ein Zaf, ein Kartenspiel. Eine Organisation brauchen sie nicht, gehört so übrigens schon der „Herr“ dem Fabrikantenverbande an und das genügt.

Soziale Rundschau.

Das geplante neue Attentat auf die Arbeiter in Gestalt ihrer Entziehung auf dem Gebiete der Krankenversicherung hat auch die peripheren Schuhmacher aus den Kreisen der Baumeister, färmel, aus ihrem Bürositz in Dresden bestimmt. Prosig und färmel, wie gewöhnlich, beschlossen die Herren: 1. Die Ausdehnung der Unterstreichung in nicht angeordnet, es ist vielmehr die über 13 Wochen sich erreichende Krankheit der Arbeitslosenversicherung aufzulegen. 2. Die Beiträge der Arbeitgeber sind nicht zu erhöhen, wohl aber den Arbeitern die Hälfte der Beiträge zu überlassen. — Die Arbeitnehmer können aus dieser freien Annahme ihrer Sehne — da kann man schon nicht mehr von Gegnern reden — ersehen, wie dringend notwendig es ist, daß sie sich bei Seiten energisch gegen das neue Attentat richten.

Gegen die Verschärfung des Krankenversicherungsgesetzes hat auch im vorigen Monat in München stattgefunden. Der Verbandsstag des Verwaltungsrates der Ostkrankenanstalten und Berufsgenossenschaften Stellung genommen. Die angenommene Resolution lautet: „Der Verband verzettigt gegenüber der Einführung einer Novelle zum Krankenversicherungsgesetz den Standpunkt, daß

